DIE LINKE.
Wuppertal-Vohwinkel

Georg Dieker-Brennecke
Spitzwegstraße 27
42329 Wuppertal
01709058792
dieker.brennecke@yahoo.com

Frau Bezirksbürgermeisterin
Barbara Naguib
z. Hd. Frau Schröer
Geschäftsführung BV-Vohwinkel
Rubensstraße 4
42329 Wuppertal

Wuppertal, den 04.11.2021

Antrag zur Sitzung der Bezirksvertretung am 10.11.2021
Ratsbürgerentscheid BUGA 2031

Sehr geehrte Frau Bezirksbürgermeisterin,

die Partei Die Linke beantragt:

Die Bezirksvertretung Vohwinkel möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Wuppertal möge die Verwaltung bitten, vor einer Entscheidung über die Bewerbung der Stadt Wuppertal um die Bundesgartenschau 2031 eine Abstimmung in Form eines Ratsbürgerentscheides gemäß § 26 GO NRW durchzuführen.
2. Die Verwaltung wird nach Vorliegen aller für eine abschließende Entscheidung notwendigen Informationen die Bürgerinnen und Bürger in geeigneter Weise informieren und auf das Verfahren vorbereiten und entsprechend einbinden.
3. Das Ergebnis der Abstimmung wird freiwillig als bindend für die Ratsmitglieder erachtet.

4. Die Abstimmung erfolgt zeitgleich zusammen mit der nächsten Landtagswahl am 26. Mai 2022.

Begründung.
Eine mögliche Bundesgartenschau 2031 (BUGA 31) in Wuppertal birgt für die Stadt und ihre Bürger*innen gravierende und nicht in aller Gänze kalkulierbare strukturelle und finanzielle Konsequenzen, auch über die mögliche BUGA 31 hinaus. Die erforderlichen finanziellen Aufwendungen wären in jeder Hinsicht außergewöhnlich, erheblich und nach derzeitigem Stand überhaupt nicht gegenfinanziert. Lt. Beschlussvorlage VO/1500/21 soll das finanzielle Risiko für die notwendigen Investitionen und die Durchführung einer BUGA 31 allein von der Stadt, und damit von ihren Bürger*innen getragen werden. Die Beschlussvorlage spricht von „hohen finanziellen Risiken". In seiner Stellungnahme warnt der Kämmerer Dr. Slawig vor diesen außergewöhnlichen Risiken. Es drohten „schmerzhafte Einschränkungen" und deutliche Lücken im Haushalt, z.B. bei der „Finanzierung von Investitionen in die Infrastruktur bzw. in die Daseinsvorsorge". Ein Haushaltsausgleich wäre nicht gesichert. Damit würden die schon jetzt geringen Gestaltungsmöglichkeit noch weiter eingeschränkt und Kosten möglicherweise unseriös in die Zukunft (nach Beendigung der BUGA 31) verlagert. „Mit allem Nachdruck" empfiehlt daher der Kämmerer, „auf die Durchführung einer Bundesgartenschau zu verzichten". Eine Entscheidung für eine BUGA 31 betrifft also die Stadt Wuppertal über Jahrzehnte hinaus in so gravierender und exorbitanter Weise, dass es den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt ermöglicht werden muss, direkt in Form eines Ratsbürgerentscheides ihr Votum über die Durchführung einer BUGA 31 abzugeben.

Mit freundlichen Grüßen

Georg Dieker-Brennecke (Die Linke)